

Martin Häusling, MdEP

Mitglied des Europäischen Parlaments – grüner Europaabgeordneter für Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament



Newsletter Dezember 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

Für Sonnenverliebte und Badegäste in Schwimmbädern bleibt der Sommer 2018 als traumhafte Zeit in Erinnerung. Für die Bauern, unsere Naturlandschaft und die Wälder war es ein Albtraum aus Trockenheit und Hitze. Unsere Anbauflächen und Ökosysteme stehen vor der Herausforderung, sich an den Klimawandel anpassen zu müssen. Wir sind gut beraten, die Weichen so zu stellen, dass Wasserhaushalt, Böden und Anbausysteme auf diese extremen Wetterlagen vorbereitet sind.

Eine Weichenstellung in Richtung einer CO₂-Neutralen Zukunft vermissen wir von der Bundesregierung allerdings noch immer. Ohne Kohleausstieg und Verkehrswende steht Deutschland bei der UN-Klimakonferenz in Katowice mit leeren Händen da. **Weiterhin steigende Emissionen machen es immer schwerer, effektiv die Folgen des Klimawandels zu korrigieren.** Aber Aufgeben ist keine Option.

Die grüne Europa-Fraktion blickt auf ein paar turbulente aber sehr erfolgreiche Monate zurück. Wir konnten mehr Transparenz bei der Zulassung von Pestiziden, Glyphosat und Co erreichen. Mit über 500 eingereichten Änderungsanträgen setzen wir uns zudem vehement für eine **nachhaltige** Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ein, die dem Zusatz „gemeinsam“ auch gerecht wird. Ein großer Erfolg für Mensch und Umwelt ist der Beschluss zur Reduzierung von Antibiotika in der Tierhaltung.

Große Sorgen bereiten mir dagegen die jüngsten Entwicklungen in Brasilien, wo Menschenrechte und Umwelt bald dem willkürlichen, rechtsradikalen Handeln des Jair Bolsonaro ausgesetzt sind.

Hier die Artikel in der Übersicht:

- Gentechnikrecht – Die Truppen sammeln sich zum Angriff
- Gene-Drives – Moratorium muss her!
- Transparente Zulassungsverfahren bei Pestiziden und Co in greifbare Nähe!
- Skandalös: Pestizidverbote durch Ausnahmegenehmigungen ausgehebelt?
- Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2020: Antragsmarathon im EP
- Unfaire Handelspraktiken: Gesetzentwurf noch nicht auf der Zielgeraden
- MERCOSUR - Kein Handel mit Menschenrechtsverächtern und Diktatoren!
- Fitness Check für hormonverändernde Stoffe: Sofortverbot statt langwierige Prüfung benötigt!
- Plastik - Einsatz europaweit sinnvoll regulieren!
- Neue EU-Verordnung zu Tierarzneimitteln behält Reserveantibiotika den Menschen vor
- Elend bei Tiertransporten endlich beenden!
- Ökosaatgut – ökologische Züchtung forcieren!

Dazu kommen wie immer ein Terminrückblick sowie eine Vorschau auf kommende Veranstaltungen.

Viel Spaß beim Lesen und Euch allen ein friedliches Weihnachtsfest!

Euer Martin

Neue Gentechnik – Gene-Editing und Gene-Drives

Gentechnikrecht – Die Truppen sammeln sich zum Angriff

Während die Erfinderin der CRISPR/Cas9-Technologie, Dr. Emmanuelle Charpentier, sich für eine strenge Regulierung der Technik ausspricht und Europa hier [sogar als Vorreiter](#) sieht, sammeln sich international und in Deutschland aktuell Wissenschaftler, um Druck auf das Europäische Gentechnikrecht auszuüben, da ihnen die Entscheidung des EUGH (siehe [Newsletter Sept 2018](#)) nicht passt. Schon diese Diskrepanz macht stutzig: Der Erfinderin würde man noch am ehesten zutrauen, dass sie jeder den Einsatz verzögernden oder einschränkenden Regelung den Kampf ansagt. Anscheinend sieht sie aber klarer als manch ein anderer die Risiken.

Liest man die mehrheitlich oberflächlich überschätzenden positiven Beschreibungen über CRISPR in der Presse, muss man sich über Dr. Charpentier schon wundern: kennt sie denn ihre eigene Technologie nicht? Erst nach dem Skandal um die pränatal genetisch veränderte DNA der neugeborenen Zwillinge durch den chinesischen Forscher He, liest man inzwischen vermehrt über die nicht absehbaren Folgen und die mangelnde Präzision der Technik. Auf wundersame Weise scheint das alles aber bei Pflanzen nicht zu gelten.

Hauptargumente der Befürworter der Technik für eine Änderung des Gentechnikrechtes sind vor allem: zu restriktiv, nicht mehr angemessen. Doch „zu restriktiv“ bedeutet vor allem, dass die Befürworter der Anwendung die Überprüfung der Risiken als zu aufwendig empfinden. Diese Sichtweise ist bei [nachweislich unvorhersehbaren](#) Wirkungen und der ungeklärten Koexistenz-Frage schon aus naturwissenschaftlicher Sicht nachgerade verantwortungslos. Doch sie zeigt Wirkung: Nicht nur Ministerin Klöckner bläst in das Horn der Gentechnikrechtler, Mitte November hat auch das Wissenschaftliche Beratergremium SAM der EU-Kommission [ein Statement](#) veröffentlicht, in dem es die Überarbeitung der aktuellen Gentechnik-Gesetze empfiehlt. Doch für uns Grüne ist klar: Evaluierung, Kennzeichnung und Überwachung von GVO sind keine regulatorischen Hindernisse, die Innovation erschweren, sondern schlicht und ergreifend notwendig, um Umwelt- und möglicherweise auch Gesundheitskatastrophen zu vermeiden und die gentechnikfreie Produktion (u.a. im Ökolandbau) nicht zu verunmöglichen.



[Pressemitteilung zum Statement des SAM und weiterführende Infos](#)

Gene-Drives – Moratorium muss her!



Gene Drives sind biotechnologische Anwendungen mit enormer Eingriffstiefe und breiter Wirkung, die sich seit ein paar Jahren in der Entwicklung befinden. Übersetzen lassen sie sich vielleicht am besten mit „Gen-Turbo“. Die Technologie schaltet die natürlichen Regeln der Vererbung und Evolution aus, indem gentechnisch in das Erbgut von Organismen eingeführte Merkmale zu 100 Prozent an alle deren Nachkommen weitervererbt werden. Man will damit ganze Arten dauerhaft verändern oder auch gänzlich auslöschen. Beispiel: Londoner Forschern ist es jüngst mit Gene-Drives

erstmals gelungen, die Fortpflanzungsfähigkeit der Mückenart *Anopheles gambiae* so zu manipulieren, dass die Population nach sieben bis zwölf Generationen komplett zusammenbrach. Besagte Mückenart gehört zu den wichtigsten Überträgern von Malaria. Bisher fand diese Artvernichtung nur im Labor statt, doch der Lobbydruck ist bei diesem verlockenden Schöpfungsspiel besonders groß.

Das Europäische Parlament hat sich im Oktober leider mehrheitlich gegen ein von Grüner Seite eingebrachtes Moratorium für die Gen-Drives ausgesprochen und auch die 14. Vertragsstaatenkonferenz des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD), die vom 17. bis 29. November in Ägypten stattfand, schafften es die Moratoriums-Befürworter nicht, ein solches durchzusetzen. Die 196 Staaten beschlossen jedoch, Gene Drive-Technologien zu regulieren. Im Beschluss weisen sie auf die Risiken dieser Methode hin und fordern die Vertragsstaaten auf, das Vorsorgeprinzip anzuwenden, sollte es zu Freisetzungen von Organismen kommen, die durch Gene Drive modifiziert wurden. Zudem sollte die Bevölkerung vorab informiert werden, wenn das Gene Drive-Verfahren vor Ort angewendet würde. Das reicht uns jedoch nicht. Wir fordern weiterhin ein Moratorium.



Mehr Infos im [Briefing zu Gene-Drives](#)

Transparente Zulassungsverfahren bei Pestiziden und Co in greifbare Nähe gerückt!

**GEHEIMNISKRÄMEREI
IN DER WISSENSCHAFT
SCHADET IHRER
GESUNDHEIT**

Am 11. Dezember 2018 hat das Europäische Parlament über die zukünftige EU-Verordnung „Transparenz und Nachhaltigkeit der EU-Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelkette“ abgestimmt. Nun können im Januar die Trilogverhandlungen mit dem Europäischen Rat und der Europäischen Kommission für die Endversion des neuen

Gesetzes beginnen. Es stand auf Messers Schneide, wie die Abstimmung im Europaparlament ausgehen würde.

Das erreichte Abstimmungsergebnis ist ein großer grüner Erfolg, über das ich mich als der zuständige grüne Verhandlungspartner besonders freue. Wir haben erreicht, dass die wissenschaftlichen Studien, Daten und andere Informationen, die den Zulassungsantrag eines Antragstellers für ein Pestizid, einen genetisch veränderten Organismus, Lebensmittelkontaktmaterialien, Futtermittelzusatzstoffe oder ein neuartiges Lebensmittel betreffen, sofort nach Einreichen bei der Zulassungsbehörde EFSA in ein öffentliches Register eingespeist werden müssen. So haben unabhängige Wissenschaftler und die breite Öffentlichkeit die Möglichkeit, sich in dieser Phase der Risikobewertung durch die EFSA einzubringen und so möglicherweise auf den Zulassungsantrag Einfluss zu nehmen. Die Fragen wann und welche Daten öffentlich gemacht werden müssen, waren hart umstritten.



Mehr Informationen dazu sowie weitere Details der Parlamentsposition zur neuen Transparenz-Verordnung finden Sie [hier](#).

Sonderausschuss-Glyphosat des Europäischen Parlaments stellt Abschlussbericht vor



Der Sonderausschuss ‚EU-Zulassung von Pestizide‘ (PEST), der sich im Europäischen Parlament nach der umstrittenen Verlängerung von Glyphosat gebildet hat, hat seine sieben-monatige Arbeit abgeschlossen. Am 6.12. stimmte der Ausschuss über seinen Abschlussbericht ab. Dieser fordert die EU-Regierungen und die Europäische Kommission auf, Pestizide und Pestizidwirkstoffe strenger auf Schäden

für Umwelt und Gesundheit zu prüfen, die Risikobewertung transparent zu machen und sicher zu stellen, dass keine Interessenskonflikte das Zulassungsverfahren beeinflussen. In der zweiten Januarwoche wird das Europäische Parlament über den Abschlussbericht abstimmen.

Weitere Infos im [Berichtsentwurf des Sonderausschusses](#).

Skandalös: Pestizidverbote durch Ausnahmegenehmigungen ausgehebelt?

Es ist zum Aus-der-Haut-Fahren: Da werden Pestizide, deren Zulassung regulär erneut kritisch geprüft werden muss, am Markt gehalten - und landen auf unseren Äckern und Feldern - weil die Prüfung des Verlängerungsantrages nicht abgeschlossen ist. Eine Prüfung, die ja möglicherweise ergeben würde, dass das Produkt nicht sicher ist und dieses dann keine weitere Zulassung erhielte. Die rechtliche Grundlage dieser sogenannten technischen Verlängerungen ist Artikel 17 der Pflanzenschutz-Verordnung.

Einem Bericht der ARD-Sendung Monitor zufolge, ist fast ein Viertel der Pestizide nur mit einer Ausnahmegenehmigung (sogenannte „technische Verlängerung“) ohne ausreichende, dem Stand der Wissenschaft entsprechenden Zulassung auf dem Markt. Deutschland ist ganz vorne mit dabei bei den technischen Verlängerungen. Die Europäische Kommission gibt als Grund für diese technischen Verlängerungen an, dass Verzögerungen während der Bewertung durch den berichterstattenden Mitgliedstaat oder während der fachlichen Begutachtung durch die EFSA oder den weiteren Risikomanagement-Prozesses auftreten. Die Mitgliedstaaten wiederum geben als Grund für die Verzögerung an, dass die Dossiers zur Verlängerung der Zulassung schlechte Qualität aufweisen, zudem sehr umfangreich und arbeitsaufwändig seien und sie aufgrund fehlender Ressourcen diese nicht schneller durcharbeiten könnten.

Der Verdacht drängt sich auf, dass System dahinter steckt und diese Verzögerung ganz im Sinne der Industrie und der chemiebasierten Landwirtschaft sind. Denn eine verlängerte Genehmigung verlängert auch das Geschäft. Behörden scheinen dieses Spiel mitzumachen, wenn sie mitunter mehr als zwei Jahre für die Überprüfung von Wirksamkeit und Toxizität der Mittel benötigen, an deren Ende auch ein Verbot der Mittel stehen kann. Andererseits führen auch gerechtfertigte gründliche und kritische Untersuchungen aufgrund Personalmangels unter Umständen zu genau diesem nicht gewollten Ergebnis. Der Monitor-Bericht über die technischen Verlängerungen findet sich [hier](#).



Monitor (ARD) vom 15.11.2018

Besonders ärgerlich und der eigentliche Skandal ist in diesem Zusammenhang die **Notfallgesetzgebung**. Über diese können EU-Länder verbotene oder noch nicht zugelassene Stoffe wie auch z.B. die Bienenkiller Neonikotinoide, einsetzen, wenn sie der Ansicht sind, dass *„sich eine solche Maßnahme angesichts einer anders nicht abzuwehrenden Gefahr als notwendig erweist“* (Artikel 53 der Pflanzenschutzverordnung). Die kürzlich verbreitete Meldung, dass Deutschland Neonikotinoide im Zuckerrübenanbau wieder zulassen wolle, beruht auf dieser wahnwitzigen gesetzlichen Möglichkeit, in Brüssel eine Notfallzulassung beantragen zu können. Zum Glück dementierte das Landwirtschaftsministerium die Beantragung einer Notfallzulassung für Neonikotinoide. In Österreich ist zu diesem Thema ein heißer Streit entbrannt. Auch dort machen die Zuckerrübenbauern Druck auf das Landwirtschaftsministerium, eine Notfallzulassung zu beantragen.

Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2020: Antragsmarathon im EP

Im Juni 2018 hatte die Kommission ihren Vorschlag zur GAP nach 2020 vorgelegt. Im Europäischen Parlament herrschte dann nach Vorlage der Entwürfe der Berichterstatter extremer Zeitdruck. Wir Grüne mussten unsere Ideen in Form von über 500 Änderungsanträgen innerhalb weniger Wochen einbringen. Wir verfolgen weiterhin das Ziel, öffentliche Gelder an öffentliche Leistungen zu binden. Wir möchten nicht einzelne Output-Indikatoren messen, sondern Systeme unterstützen, die Umwelt-, Klima- und Tierschutz in den Vordergrund stellen. Zahlungen sollen über die Zeit mehr an nachhaltige best-practice-Systeme gekoppelt werden, die Knüpfung der Zahlungen an die Fläche wollen wir abschmelzen. Der ökologische Landbau wird als DAS Leitbild gesetzt.



Darüber hinaus wollen wir die von der Kommission angesteuerte Renationalisierung verhindern. Das bedeutet, wir definieren viel genauer als die Kommission, welche Maßnahmen die Staaten anbieten müssen. Wir setzen uns außerdem für eine höhere Finanzierung der zweiten Säule ein und streichen die Möglichkeit, Mittel der ländlichen Entwicklung zugunsten der Direktzahlungen an die Bauern in die erste Säule zu verschieben.

Im Januar 2019 sollen schon die internen parlamentarischen Verhandlungen anlaufen. Das Präsidium des Europäischen Parlaments will noch in dieser Legislatur die Arbeiten an den Dossiers beenden. Das ist eine enorme Herausforderung, denn es gilt mehr als 6.000 Änderungsanträge abzuwägen und am Ende einen konsistenten Gesetzestext zu verabschieden. Wir Grüne sind bereit, im Sinne einer nachhaltigen Landwirtschaft zu verhandeln. Für faule Kompromisse sind wir aber nicht zu haben.

Wir Grüne sehen es sehr kritisch, dass noch vor den Wahlen eine schlechte Vorlage durch das Parlament gebracht werden soll.

Mehr Infos auf [Martins Homepage in der Rubrik Agrarpolitik](#) und zum [Briefing GAP 2020](#)

Unfaire Handelspraktiken: Gesetzentwurf noch nicht auf der Zielgeraden

Das EU-Parlament fordert seit vielen Jahren, dass die Stellung der landwirtschaftlichen Betriebe gegenüber dem Handel gestärkt wird. Diesem Anliegen ist die Kommission endlich nachgekommen und hat im April 2018 ihrem [Gesetzentwurf zu „Unfairen Handelspraktiken“](#) vorgelegt.

Einige konservative Abgeordnete haben allerdings den Gesetzentwurf missbraucht, um zukünftig hohe Umwelt- und Klimastandards auszuhebeln. Nach den Vorstellungen des bayrischen CSU-Abgeordneten Albert Dess und Anderer, soll es dem Handel künftig untersagt werden, Standards einzuführen, die über den gesetzlichen Standard hinausgehen, zum Beispiel beim Tierwohl oder bei der Pestizidbelastung. Hohe Standards bei Umwelt- und Tierschutz werden von den Verbrauchern seit langem gewünscht und stark nachgefragt. Da die regierende Politik keine verbindlich höheren Standards einführt, tut es der Einzelhandel. Das ist zwar eindeutig nur die zweitbeste Lösung, aber auch diese wäre damit Geschichte.

Wir [Grüne](#) haben in der Parlamentsabstimmung von Anfang an gegen gehalten. Es ist jedoch geradezu ein Skandal, dass Konservative und Sozialisten im Parlament die völlig abwegigen Forderungen zum Verbot von hohen Umwelt- und Klimaforderungen noch in die Verhandlungen mit Kommission und Rat tragen. Viele Umwelt-NGOs und Gewerkschaften haben öffentlich darauf hingewiesen und Protestschreiben an Europäische Entscheidungsträger verfasst.

Zurzeit wird der Gesetzentwurf zwischen Parlament, Europäischem Rat und Kommission beraten (Trilog). Bislang sind, auch dank des öffentlichen Protests, weder Kommission noch Rat gewillt, den absurden Text des Parlaments zu stützen.

Wir Grüne erwarten von allen Verhandlungspartnern, dass im finalen Kompromiss die Bedenken der Grünen und der Umwelt-NGOs aufgenommen werden. Blicke es bei der fragwürdigen Passage, wäre es wahrscheinlich, dass ein langwieriger Klageprozess vor uns läge, denn sicherlich wird sich der Handel ein solches Diktat nicht gefallen lassen, was wir Grüne voll unterstützen.

Kein Handel mit Menschenrechtsverächtern und Diktatoren!

Trotz der Wahl des international extrem umstrittenen und menschenverachtend agierenden Ex-Militärs Jair Bolsonaro zum künftigen brasilianischen Präsidenten, will die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström das geplante Handelsabkommen der EU mit vier südamerikanischen Staaten (Mercosur) zügig abschließen, und zwar noch vor den Europawahlen im kommenden Mai.

[In einem Brief an die Kommission](#) habe ich zusammen mit unserem wirtschafts- und finanzpolitischen Sprecher der Fraktion, Sven Giegold, gefordert, die Verhandlungen unverzüglich zu beenden. Der neue Präsident Jair Bolsonaro, der sein Amt am 1. Januar antreten wird, ist eine Kampfansage an das Pariser Klimaschutzabkommen, an internationale Umweltstandards und die Rechte indigener Völker. Er stuft die Landlosenbewegung MST als terroristische Vereinigung ein und versucht schon jetzt, das Recht auf Meinungsfreiheit zu untergraben.

Mehr Nachzulesen in der [Pressemitteilung 29.11.2018](#). Und hier [weitere Infos zum MERCOSUR-Abkommen](#) und ein Artikel der [Deutschen Welle zu Jair Bolsonaro](#).



Fitness Check für hormonverändernde Stoffe: Sofortverbot statt langwierige Prüfung benötigt!

Hormonverändernde Stoffe (endokrine Disruptoren) sind tückisch: Einmal in den Organismus gelangt, entfalten sie ihre Wirkung oft erst Jahre nach ihrer Aufnahme. Schon kleinste Mengen können genügen, um tiefgreifende Änderungen des Hormonsystems auszulösen. Höchste Zeit also, ihre Regulierung ressortübergreifend zu behandeln – bei Pestiziden, Bioziden, aber auch bei Spielzeug und Kosmetika.



Die Europäische Kommission will ihre aktuelle EU-Gesetzgebung zu endokrinen Disruptoren auf den Prüfstand stellen und hat diesbezüglich am 7. November 2018 eine [Kommunikation](#) herausgegeben. Die von der Europäischen Kommission beabsichtigte Überprüfung setzt zwar auf den ersten Blick die

richtigen Akzente: Wir brauchen mehr Forschung zu den schädlichen Auswirkungen von endokrinen Disruptoren. Auch gegen die geplante öffentliche Konsultation ist nichts einzuwenden.

Doch damit schiebt die Kommission das Problem wieder einmal auf die lange Bank. Seit Jahren verzögert die Kommission eine allgemeingültige Definition der endokrinen Disruptoren. Im Sinne des vorbeugenden Verbraucherschutzes müssten viele Stoffe sofort vom Markt fliegen. Denn in Pestiziden, Bioziden, Kosmetik und in Kunststoff haben diese Stoffe nichts zu suchen! Diese schädlichen Substanzen müssen vom Markt, unseren Feldern und aus unseren Wohnungen. Umgehend. Und nicht irgendwann vielleicht in ferner Zukunft, nach einem mehrjährigen Fitness Check.

Weitere [Infos zu endokrinen Disruptoren](#).

Plastik - Einsatz europaweit sinnvoll regulieren

Mit unserem achtlosen Umgang mit Plastik in allen Alltagsbereichen haben wir uns in eine Situation hineinmanövriert, die einem Experiment mit ungewissem Ausgang gleicht. Klar ist, das Problem der ausufernden Plastikflut muss dringend gelöst werden.



Aktuell wird dazu im Rahmen der [EU-Plastikstrategie](#) der Vorschlag der Europäischen Kommission zur [Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt](#) bearbeitet. Informationen dazu und zu Plastik im Allgemeinen finden sich in meinem [Briefing](#). Das Europäische Parlament hat seine Position am 24.10. abgestimmt. Aktuell laufen die Trilog-Verhandlungen zwischen Europäischem Rat und Europäischer Kommission. Es zeichnen sich einige gute Verhandlungsergebnisse ab, wie ein Verbot von Plastikbechern und Lebensmittelbehälter aus Styropor, aber es gibt noch etliche offene Punkte. Auch Deutschland scheint sich aktuell gegen ein Verbot von Plastik in Zigarettenfiltern zu sträuben. Es ist nicht einzusehen, warum nicht plastikfreie Alternativen forciert werden. Schließlich ist insbesondere Mikroplastik hoch-schädlich für viele Umweltmedien. Ein Bösewicht, wer die Tabakwarenindustrie hinter der Beibehaltung von Plastikfiltern vermutet.

Neue EU-Verordnung zu Tierarzneimitteln behält Reserveantibiotika den Menschen vor

Am 25.10. hat das Europäische Parlament den Ergebnissen des Trilogs zwischen Europäischem Parlament, Europäischer Kommission und Europäischem Rat zur neuen EU-Verordnung für



Tierarzneimittel [zugestimmt](#). Reserveantibiotika sollen künftig den Menschen vorbehalten bleiben. Auch der prophylaktische Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung wird in der Zukunft nur noch in absoluten Ausnahmefällen möglich sein, Ziel ist, die Verbreitung von antibiotikaresistenten Bakterien in der Tierhaltung einzudämmen. Bessere Haltungsbedingungen und die Separierung kranker Tiere helfen, den Antibiotikaeinsatz runterzufahren.

Essentielle Frage ist nun, wie die Definition von Reserveantibiotika erfolgen wird. Hier steht die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) im Zentrum, die eine wissenschaftliche Bewertung der Reserveantibiotika abgeben muss, die Grundlage für Neuzulassungen in der Tiermedizin sind. Alzulassungen dürfen ohne EMA-Überprüfung weiterhin eingesetzt werden, können aber durch EU-Behörden noch anwendungsbeschränkt werden. Experten sagen voraus, dass als humanmedizinische Reserveantibiotika dann nur die Wirkstoffe übrigbleiben, die in der Tiermedizin nicht zugelassen sind. Colistin, ein Antibiotikum, das breitflächig in der Nutztierhaltung zur Bekämpfung von Infektionen eingesetzt wird, ist jedoch ein Beispiel für ein Antibiotikum, das dringend als Reserveantibiotikum klassifiziert werden müsste. Es gibt immer mehr Fälle von Patienten mit resistenten Keimen, bei den Colistin das einzige Mittel ist, das noch wirkt.

Es geht jetzt also darum, dass die neuen Vorschriften sinnvoll umgesetzt werden. Umfassendes Datenmaterial zum Verkauf und zur Verwendung von Antibiotika sind ein wichtiges Instrument im Kampf gegen den übermäßigen Antibiotika-Einsatz. Wir Grüne konnten durchsetzen, dass die neue Verordnung die Datenerhebung zur Verwendung antimikrobieller Arzneimittel auf jedem Bauernhof in der Europäischen Union vorschreibt.

Mein Briefing zur Bewertung der neuen Tierarzneimittel-Verordnung gibt es [hier](#). Und meine nach wie vor aktuelle Studie über den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung [hier](#).

Elend bei Tiertransporten endlich beenden!

Der Tierschutz bei Tiertransporten bleibt ein sehr unrühmliches und trauriges Kapitel der Europäischen Politik. Wir Grüne hatten für [unsere Konferenz](#) am 4. September verschiedene Sachverständige von Tierschutzorganisationen, Veterinäre, praktische Landwirte sowie Sachverständige der Kommission, eingeladen.



Das erschreckende Credo der Sprecherin der Generaldirektion Gesundheit lautete, mehr als 90% der kontrollierten Langstreckentransporte seien nicht zu beanstanden. Damit seien Tiertransporte in einem hohen Maße regelkonform. Diese Aussage stieß bei einer Mehrzahl der anwesenden Zuhörer auf großes Unverständnis, zumal die Dokumentation der Tierschutzorganisation „Animal Angels“, und die

Ausführungen der praktizierenden Tierärzte erschütternde Missstände bei Kontrollen aufzeigten. Die Dringlichkeit, endlich einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Tiertransporte“ einzurichten, wurde durch die Konferenz absolut untermauert.

Bislang kam der langjährige geforderte Untersuchungsausschuss allerdings nicht zum Einsatz, da die konservativen Mehrheiten im Präsidium des Parlaments mauern. Sie ordneten lediglich einen Bericht zum Thema Tiertransporte (Agrarausschuss) an. Diese Entscheidung ist aus grüner Sicht absolut unzureichend. Es macht einen großen Unterschied, ob Sachverständige geladen und gehört werden und eine Querschnittsgruppe an Parlamentariern aus verschiedenen Sachbereichen einen Abschlussbericht anfertigt - das wäre im Falle eines Sonder- oder Untersuchungsausschuss der Fall gewesen - oder ob der konservative Agrarausschuss die Federführung übernimmt, Expertenwissen außen vor lässt und seinen Bericht (Anfang 2019) vorlegt. Die Arbeiten am Tiertransportbericht im Agrarausschuss laufen und die Änderungsanträge wurden am 6. Dezember eingereicht.



In unseren Anträgen fordern wir Grüne, dass die Transportzeiten radikal verkürzt werden. Schlachttransporte sollten nicht länger als 4 Stunden dauern. Die Bedingungen beim Transport müssen endlich an die Bedürfnisse der Tierarten sowie an das Alter der Tiere angepasst werden. Maßnahmen müssen harmonisiert werden. Das Training der Mitarbeiter muss flächendeckend auf ein hohes Niveau angehoben werden, Verstöße sind hart zu ahnden, Maßnahmen bei Sanktionen müssen harmonisiert werden. Schon jetzt meiden Transporteure gut kontrollierte Gebiete, in denen die Einhaltung der Auflagen kompetent geprüft wird.

Um dem Tierschutz wirklich verbessern zu können, drängen wir Grüne auf eine Überarbeitung der Tierschutztransportverordnung aus dem Jahre 2005. Unsere Forderung nach einem Untersuchungsausschuss halten wir aufrecht. Für eine Verringerung der Transportzeiten brauchen wir allerdings mehr regionale Schlachthöfe und die Möglichkeit der besonders humanen Weideschlachtung muss europaweit etabliert werden.

Ökosaatgut – ökologische Züchtung forcieren!

Saatgut, welches im Ökolandbau aktuell verwendet wird, stammt überwiegend aus konventioneller Züchtung. Es ist zwar unbehandelt, aber nur sehr selten stammt es auch aus ökologischer Zucht. Der Zugang zu pflanzlichem Vermehrungsmaterial als auch die Züchtung für den ökologischen Landbau waren innerhalb der Zulassungsregularien bislang sehr begrenzt.

Um die bestehenden Ausnahmeregelungen für die Nutzung konventionellen Saatgutes langsam auslaufen lassen zu



können und die Züchtung und den Markt für geeignetes ökologisches Saatgut auszuweiten, wurde eine Definition für heterogenes Material und ökologische Sorten, die es so vorher nicht gab, in die neue Öko-Verordnung aufgenommen. Beispielsweise dürfen nun alte Landsorten und neue Züchtungen, die bislang wegen der geltenden Saatgutrichtlinien nicht vermarktet werden durften, in der EU vermarktet werden. Des Weiteren wurde die Bio-Pflanzenzucht in den EU-Aktionsplan für den ökologischen Landbau aufgenommen. Auch eine EU-weite Datenbank zu Ökosorten wird eingerichtet. Wir Grüne im Europaparlament haben zum ökologisch gezüchteten Saatgut Mitte Oktober [eine Konferenz](#) mit veranstaltet, in der noch einmal deutlich wurde, dass der ökologische Landbau ökologisch gezüchtetes Saatgut braucht und welche Potentiale darin stecken: Robustere Pflanzen und Tiere, stabilere Ökosysteme, größere Artenvielfalt. Eine weitere [Konferenz im November](#), zusammen mit Demeter Europe, informierte über den aktuellen Stand von Zucht und Markt in Europa.

- [Video der Konferenz zum ökologisch gezüchteten Saatgut im EP.](#)

Terminvorschau

19. Januar 2019 in Berlin: Wir-haben-es-satt Demo

Zum Auftakt der internationalen Grünen Woche (IGW) in Berlin demonstrieren die Umwelt- und Landwirtschaftsverbände und viele andere mehr für eine bessere Agrarpolitik. Die Demo beginnt um 12 Uhr am Brandenburger Tor.

Auch in diesem Jahr veranstaltet die grüne Bundestagsfraktion eine Konferenz zur IGW. Der diesjährige Titel lautet „Europa à la carte – Was essen wir morgen“. Eingeladen sind zahlreiche Fachleuten aus Verbänden und Wissenschaft. Mehr Infos unter: https://www.gruene-bundestag.de/no_cache/termin/europa-a-la-carte-was-essen-wir-morgen.html

Auf der Internetseite der Demo-Organisatoren gibt es eine Mitfahrzentrale. Mehr Infos unter: <https://wir-haben-es-satt.de/informieren/anreise/mitfahrzentrale/>



25. Januar 2019 in Wabern: Neujahrsempfang der Grünen im Schwalm-Eder Kreis

Im Bahnhof Wabern lädt der Kreisverband zum geselligen Jahresauftakt. Ich freue mich auf zahlreiche Gäste und Freunde. Und auf den anstehenden Wahlkampf zur Europa Wahl im Mai 2019.

Weitere Infos demnächst unter [Termine](#).

08. - 10. Februar 2019 in Loccum: Tagung zur Zukunft der GAP Zielorientierung in der Gemeinsamen Agrarpolitik: Aber welche Ziele – und welche Mittel?

Die Diskussion über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU ist in vollem Gange: Angesichts knapper werdender Mittel soll eine Zielorientierung bei der Förderung eingeführt werden. Doch welche Ziele will man eigentlich erreichen? Wie will man die Einhaltung der Ziele überprüfen und wenn nötig durchsetzen? Welche Mindeststandards, zum Beispiel im Umwelt- und Klimaschutz, müssen die Mitgliedstaaten einhalten? Sind Degression und Kappung der Direktzahlungen hilfreich für die Erreichung der Ziele?

Weitere Infos findet Ihr [hier](#).

Terminrückblick

21. September 2018 – Grüne Klimakonferenz in Frankfurt / M



In Vorbereitung der 24. Klimakonferenz in Katowice im Dezember lud die grüne Europafraktion zur Diskussion über die aktuelle Entwicklung zur Klimakonferenz nach Frankfurt ein. Vor vollbesetzten Rängen diskutierten zahlreiche ExpertInnen über Faktoren und Folgen der Klimaveränderungen. Im zweiten Panel saß der grüne Bundesvorsitzende Robert Habeck mit auf dem Podium. Moderatorin Nicole Maisch führte durch beide Debatten und gab dem Publikum zahlreiche Gelegenheiten, Fragen und Beiträge an das Podium zu richten.

Der deutschen Klimapolitik der Bundesregierung stellten beide Panels kein gutes Zeugnis aus. Die Ziele des Pariser Abkommens bräuchten einen Pionier bei der Umsetzung. So könne das 1,5 Grad Ziel noch erreicht werden. Allerdings müssten dazu große Industrienationen vorangehen. Bislang sei Deutschland ein wichtiger Taktgeber beim Klimaschutz gewesen. Der Exportweltmeister hätte gerade beim Ausbau Erneuerbarer Energien und der Entwicklung von Technik gute Ansätze gezeigt. Der nächste Schritt mit Kohleausstieg und blauer Plakette falle jedoch durch die zögerliche Unionspolitik unter Angela Merkel aus. Auch im Agrarsektor und beim globalen Handel seien wenig ambitionierte politische Umsetzungen zu verzeichnen.



Die grüne Europafraktion unterstütze die Ziele des Pariser Abkommens und setze weiter auf die Umsetzung durch die Mitgliedstaaten. Dazu müssten zum Beispiel in der Gemeinsamen Agrarpolitik



(GAP) die Förderschwerpunkte verschoben und mit neuer Signalwirkung versehen werden. Die sogenannte 2. Säule der GAP-Förderung sei auszubauen, um eine ökologische Bewirtschaftung der Naturräume zum Schutz der Artenvielfalt zu gewährleisten und Maßnahmen zum Schutz des Klimas deutlich zu intensivieren.

9. Oktober – Podiumsdiskussion „Give Peas a chance“ in Brüssel – Proteinstrategie der Kommission

Bei der Podiumsdiskussion „Give peas a chance, die ich zusammen mit Friends of the Earth Europe organisiert habe, diskutierten Sachverständige der Kommission, Vertreter von Bauernbewegungen aus Europa und Latein-Amerika sowie Wissenschaftler die Problematik der unzureichenden Eiweißversorgung in Europa (weitere Infos auf meiner [Webpage](#)).

Jährlich werden Millionen Tonnen an Soja aus Lateinamerika importiert. Das Problem ist seit langem [bekannt und benannt](#), doch Europa und seine Mitgliedstaaten müssen deutlich mehr in Forschung investieren und nachhaltige Anbaukonzepte fördern.

Seit November 2018 liegt der [Proteinplan der Kommission](#) vor. Es wird dargestellt, dass insbesondere die Nachfrage für die Erzeugung von - wie die Kommission beschreibt - „Premiumprodukten“ hoch ist. Das betrifft sowohl den Anbau von Futterpflanzen als auch den Anbau von Nahrungsmitteln. Insgesamt sieht die Kommission, eine große Ausbaufähigkeit des gesamten Marktsegments.

Der „EU-Proteinplan 2018“ gibt fünf Empfehlungen vor, wie die Erzeugung und Verwendung von heimischen pflanzlichem Protein, unterstützt werden kann:

- Stärkung der Proteinpflanzen über die Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), um Landwirten den Anbau zu erleichtern
- Forschung im Bereich der Leguminosenzüchtung, um den großen Forschungsbedarf aufzuholen und die Auswahl an geeigneten Leguminosen zu verbessern.
- Marktanalyse und -transparenz auch durch einen besseren Datentransfer; die Stellung der heimischen Proteine in der Lieferkette stärken, dazu gehört auch, Kooperationen zu stärken
- Die positiven Auswirkungen des Leguminosenanbaus auf Gesundheit, Umwelt und Klima bewerben und Verbraucherinformation schärfen
- Wissenstransfer in die Praxis und die Wertschöpfungsketten verbessern.

Wir Grüne teilen den Ansatz der Kommission und setzen uns seit Jahren für den heimischen Leguminosen-Anbau ein. Nicht zuletzt in den kürzlich eingereichten Änderungsvorschlägen zur GAP nach 2020, in denen wir beispielsweise die Aufnahmen eines nachhaltigen Leguminosenanbaus in der Fruchtfolge fordern. Die Kommission ist jetzt aufgefordert, die gut umrissenen Probleme endlich anzupacken und wirkliche Lösungskonzepte vorzulegen.

Siehe auch [meinen Beitrag im Kritischen Agrarbericht 2018 zur Entwicklung des Eiweißanbaus in Europa](#)



19. Oktober 2018 – Studienvorstellung zu Technikgläubigkeit und Big-Data: „Vom Mythos der klimasmarten Landwirtschaft – Warum weniger vom Schlechten nicht gut ist.“



Vor dem Hintergrund der allgegenwärtigen Klimakrise geht es in der aktuellen Studie um drei zentralen Fragen: Wie kann der Agrarsektor die Treibhausgasbilanz zu Gunsten der Kohlenstoffspeicherung verlagern? Wie kann er sich auf zunehmende Extremwetterlagen vorbereiten? Und: Welche Rolle können dabei Techniken wie Präzisionslandwirtschaft einerseits oder aber ökosystemare agrarbiologische Konzepte andererseits spielen?

Bei der Studienvorstellung in Berlin führte Tanja Busse, Gewinnerin des Journalistenpreises „Bio“ 2010 und des „Wertewandel“-Preises des Deutschen Tierschutzbundes 2018, durch das Programm. In der Diskussion wurden die Autorinnen Dr. Anita Idel (Veterinärmedizinerin) und Dr. Andrea Beste (Agrarwissenschaftlerin) von Experten aus Wissenschaft und Verbänden begleitet. Dr. Luca Montanrella (vom European Soil Data Centre der EU-Kommission) wurde per Videobotschaft zu geschaltet. Auf dem Podium diskutierten Partick Worms (World Agroforestry Centre), Tobias Reichert (Germanwatch eV) und Siegfried Griese (Bioland).

Mehr Infos unter: <https://www.martin-haeusling.eu/termine/termin-archive/2033-save-the-date-studienvorstellung-mit-debatte-vom-mythos-der-klimasmarten-landwirtschaft.html>

Zur Studie: <https://www.martin-haeusling.eu/presse-medien/publikationen/2130-studie-vom-mythos-der-klimasmarten-landwirtschaft.html>

10. November 2018 – Grüne Bundesdelegiertenkonferenz in Leipzig

In drei Tagen haben wir von Bündnis90/ Die Grünen das Programm und die Liste für die Europawahl 2019 beschlossen. Viele politische Ideen konnten in Änderungsanträgen verarbeitet und in das Programm aufgenommen werden. Gerade wir Grüne haben einmal mehr bewiesen, dass unsere Partei für Europa einsteht und mit Tatkraft am europäischen Haus arbeiten will.

Danke für 90,44%! Mehr Kraft für die nächsten Aufgaben.

Danke für die Wahl auf Platz 6 der Europaliste. In meiner Rede hatte ich den Schwerpunkt auf die Förderung des Ökolandbaus und auf den Schutz von Artenvielfalt sowie Klima und Umwelt gelegt. Zudem muss gerade der Wirtschaftsraum Europa unfaire Handelspraktiken beenden und Maßstäbe für nachhaltiges Wirtschaften im globalen Handel setzen.

Auch Unternehmen wie Volkswagen und Bayer müssen sich an Ziele beim Klima- und Umweltschutz halten und ihre Produkte für die Gesundheit der Menschen verbessern. Subventionierte Agrarexporte und massenhafte Billigfleischproduktion in Europa, die beim

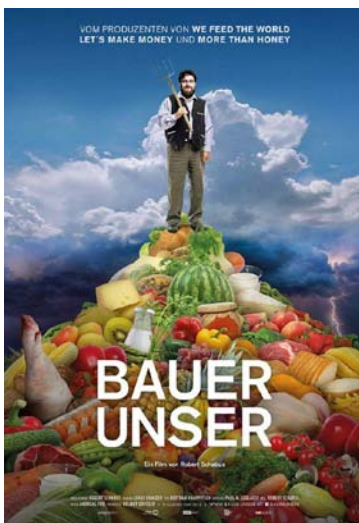


Tierwohl in den Ställen und auf den Transportwegen dringenden Nachholbedarf haben, sind keine Perspektive für die EU. Gerade bei Reserve-Antibiotika und auch bei der Zulassung von Pestiziden und Glyphosat konnte die grüne EU-Fraktion außerordentlich positiven Einfluss nehmen.

Mit viel Schwung und einer guten grünen Liste geht es nun in die Europawahl 2019.



25. November 2018 – Filmgespräch zu „Bauer unser“



„Das System in der Landwirtschaft muss umgebaut werden. Zum Wohle der Natur, für das Klima und im Sinne der Welternährung.“ Zur Film-Vorstellung in einer Matinee im Capitol/ Montabaur kamen etwa 60 interessierte Menschen aus Stadt und Land, um sich über die Bedingungen der Nahrungsmittelproduktion zu informieren. Einen kurzweiligen Einstieg und viele Informationen zum Thema lieferte der Dokumentarfilm „Bauer unser“ im Kinoformat. Er zeigt eine Reihe aktueller Aufgaben und Probleme der Landwirtschaft in Deutschland auf. Im Anschluss bestand Gelegenheit zum direkten Gespräch mit Sonja Schütz (BUND Rheinland Pfalz), Torsten Klein (Sprecher des KV Westerwald) und Martin, die in eine fachlich anregende Diskussion mit dem Publikum um Agrarpolitik und die politischen Ziele Europas führte.

Kontakt und Impressum

Für Kontakte, Anregungen und Kommentare stehe ich und mein Team in Brüssel, Wiesbaden und Berlin Ihnen gern zur Verfügung: [Kontaktmöglichkeiten](#).

V.i.S.d.P. Martin Häusling (MdEP)

Anmeldung für Newsletter unter <http://www.martin-haeusling.eu/newsletter-abonnement.html>